



Erzbistum Berlin

Diözesanrat der Katholiken
im Erzbistum Berlin

Diözesanrat, Niederwallstr. 8-9, 10117 Berlin

Ergebnisprotokoll der Sitzung der Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin am 6. November 2010 im Bernhard-Lichtenberg-Haus Berlin-Mitte

Anwesend: siehe Liste (wird auf Wunsch nachgereicht)

Es war mit folgender Tagesordnung eingeladen worden:

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. April 2010
2. Anfragen an den Vorstand
3. Antrag der AG „Grundeinkommen“: „Soziale Sicherung neu denken!“
4. Ggf. weitere Anträge
5. Bericht des Vorstands
6. Bericht aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken
7. Verschiedenes
8. Machtmissbrauch in asymmetrischen Beziehungen

Herr Klose eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vollversammlung, besonders Herrn Ordinariatsrat Günther, der als Ständiger Vertreter des Generalvikars an der Sitzung teilnimmt, Herrn Dompropst Dr. Dybowski und Herrn Generalsuperintendenten Meister. Anschließend geht Herr Klose näher auf die einzelnen Punkte der vorgeschlagenen Tagesordnung ein und ruft zur Spende für den Drei-Königs-Preis auf. Er stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und bisher 52 Stimmkarten an registrierte Mitglieder verteilt worden sind. Die Tagesordnung wird von der Vollversammlung einstimmig angenommen.

TOP 1:

Das Protokoll der Vollversammlung am 24. April 2010 wird von den Mitgliedern der Vollversammlung in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

TOP 2:

Anfragen an den Vorstand liegen nicht vor.

Herr Dompropst Dr. Dybowski informiert über die weiteren Entwicklungen bei der Hilfe für Opfer von sexuellem Missbrauch im Erzbistum Berlin. Ein erster wichtiger Schritt sind aus seiner Sicht die Einrichtung von zwei Arbeitsgemeinschaften auf Bistumsebene: AG Heimkinder und AG Netzwerk Kinderschutz. Die angekündigte Kommission zur Aufarbeitung von Missbrauchsfällen im Erzbistum Berlin sei zurzeit leider noch nicht vollständig. Kardinal Sterzinsky habe die ersten beiden Mitglieder berufen: die Berliner Kinder- und Familientherapeutin Renate Pies und die Psychologin Dr. Cornelia Mikolaiczky. Weitere Berufungen würden folgen. Ein Netzwerk mit anderen Diözesen sei im Aufbau.

TOP 3:

Herr Schadewald stellt den Antrag der AG „Grundeinkommen“ (s. ANLAGE 1) vor. Er teilt mit, dass die AG sechs Sitzungen durchgeführt und auch Sachverstand und Beratung von außen eingeholt hat. Eine Positionierung zum Bedingungslosen Grundeinkommen war der AG nicht möglich, jedoch die Formulierung von Eckpunkten der sozialen Sicherung. Eingeführt wurde

der Begriff des Basisgeldes. In der letzten Phase der Überarbeitung wurden auch Anregungen aus dem Sachausschuss „Bildung und Erziehung“ aufgegriffen. Herr Schadewald betont, dass der angestrebte Beschluss der Vollversammlung kein Schlussstein sein soll, sondern dass die Auseinandersetzung mit dem Thema weitergeführt werden soll.

Herr Kanthack eröffnet die Aussprache. Über den Antrag und das vorgelegte Positionspapier „Soziale Sicherung neu denken!“ wird eine kontroverse Diskussion in der Vollversammlung geführt. Frau Blechinger, Frau Dr. Schneider und Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl kritisieren die Vorlage. Als Kritikpunkte werden insbesondere genannt: Die Lösung des Konnex zwischen Erwerbstätigkeit und Einkommen sei problematisch. Es fehle ein Hinweis auf zu schaffende Anreize für Bezieher von Basisgeld, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Kontrolle der Zahlung eines Mindestlohns sei in manchen Bereichen sehr schwierig, deshalb solle besser kein Mindestlohn gefordert werden. Die Analyse des Papiers, wonach das System der sozialen Sicherung ausschließlich an Erwerbsarbeit gekoppelt ist, sei falsch. Die demographische Entwicklung (Geburtenrückgang) spreche gegen den Grundgedanken des Positionspapiers.

Herr Preller und Herr Wilke schließen sich der Kritik in Teilen an. Herr Preller hält die Analyse des Papiers für zu schwach. Analyse und Forderungen passten nicht zusammen. Es müsste aus seiner Sicht eine Unterscheidung zwischen steuer- und abgabenfinanzierten Leistungen erfolgen. Er empfiehlt, die Einleitung wegzulassen und sich intensiver mit den Forderungen des Papiers zu befassen. Herr Wilke hält es u. a. für falsch, ehrenamtliche Arbeit zur Bedingung für den Bezug von Basisgeld zu machen. Frau Dr. Abmeier verweist auf ein Referat von Erzbischof Marx vom 10. März 2010 zum Thema „Die Idee des Grundeinkommens – Ein Weg zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit?“, in dem er für eine intelligente Weiterentwicklung des bestehenden Sicherungssystems plädiert statt ein Grundeinkommen einzuführen und damit einen Systemwechsel vorzunehmen.

Herr van Schewick und Herr Kaczynski sprechen sich als Mitglieder der AG „Grundeinkommen“ für die Verabschiedung des Positionspapiers aus und nennen als Aspekte, die ihnen wichtig sind, die Zukunftssicherung für Kinder und Jugendliche, die Einführung eines Mindestlohns, wie es ihn in fast allen Staaten Europas gibt, sowie die zunehmende Kluft zwischen Armut und Reichtum in Deutschland, auf die es zu reagieren gelte. Viele Menschen seien selbst nicht in der Lage, private Vorsorge zu treffen. Ihnen würde das Basisgeld ein menschenwürdiges Leben sichern helfen. Herr Zeller kritisiert die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und weist auf die Situation in anderen Staaten Europas, in denen es einen Mindestlohn gibt, hin. So gebe es dort in der Regel keinen Kündigungsschutz. In Lettland und Rumänien seien infolge der Krise (u. a. wegen des Mindestlohns) eine große Anzahl von Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst entlassen worden.

Herr Kanthack schließt die Grundsatzdiskussion ab. Frau Funke beantragt die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Antrags. Herr Schadewald spricht sich dagegen dafür aus, zunächst eine inhaltliche Diskussion über die Detailpunkte zu führen. Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl stellt den Geschäftsordnungsantrag, nicht über den vorliegenden Antrag „Soziale Sicherung neu denken!“ abzustimmen, sondern ihn entweder in die AG „Grundeinkommen“ oder den Sachausschuss „Politik und Gesellschaft“ oder eine andere noch einzurichtende Arbeitsgruppe zu verweisen, vorher aber eine weitere Debatte darüber zu führen. Über den Antrag von Prof. Dr. Lob-Hüdepohl wird abgestimmt. 36 Mitglieder der Vollversammlung sprechen dafür und 15 dagegen aus, ein Mitglied enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag angenommen. Das Positionspapier soll in eine Arbeitsgruppe oder den zuständigen Sachausschuss verwiesen, die Debatte darüber soll weitergeführt werden.

Herr Kanthack ruft zur Diskussion der Zeilen 3-24 des Positionspapiers auf. Herr van Schewick und Frau Blechinger sprechen sich für die Streichung dieses Abschnitts aus. Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl erklärt, es solle im einleitenden Abschnitt nicht davon die Rede sein, soziale Sicherung neu zu denken, sondern davon, das soziale System zukunftsfähig zu machen. Andere Mitglieder fordern, die Begrifflichkeit klarer zu fassen, den Wert von Arbeit zu beschreiben, genauer zu klären, was Angst macht und Vertrauen ermöglicht. Herr Schadewald erläutert, dass es nicht darum gehe, mehr Geld zu verteilen, sondern Geld anders zu verteilen. Herr Zeller fordert, die Debatte mit konkreten Vorgängen und Zahlen anzureichern. Er

weist darauf hin, dass seit zwei Jahren ein Negativsaldo in der Zuwanderung besteht und Migranten das Land verlassen. Es sei darüber zu sprechen, wie diese Menschen in Deutschland zu halten seien. Die komplette Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus osteuropäischen EU-Staaten ab 1. Mai 2011 werde nicht die Lücke im Fachkräftemangel schließen helfen, weil vielen von ihnen die nötige Qualifikation fehle. Weiterhin weist Herr Zeller darauf hin, dass zurzeit im Bundeshaushalt mehr als 50% für Sozialausgaben verwendet werden, vor 20 Jahren seien es nur etwa 30% gewesen. Dies gelte es in den Blick zu nehmen.

Frau Edenhofer spricht sich für die Einbindung von Wirtschaftsfachleuten bei der Überarbeitung des Positionspapiers aus. Weiterhin beantragt sie, eine grundsätzliche Diskussion zu führen. Herr Streich votiert dagegen dafür, auf die einzelnen Punkte näher einzugehen, weil es für die zu beauftragende Arbeitsgruppe wichtig sei, dass sie konkrete Informationen für die Weiterarbeit erhält. Herr Kanthack lässt über den Antrag von Frau Edenhofer abstimmen: 21 Mitglieder der Vollversammlung sprechen sich dafür aus, 25 Mitglieder dagegen, vier enthalten sich der Stimme. Damit ist der Antrag abgelehnt und es wird anschließend über die einzelnen Punkte gesprochen.

Forderung 1 des Positionspapiers: Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl plädiert dafür, hier stärker zu differenzieren und sich nicht auf 500 Euro monatliches Basisgeld festzulegen.

Forderung 2 des Positionspapiers: Frau Blechinger hält den Satz, dass im Rentenalter jeder Mensch das Basisgeld ohne weitere Bedingungen erhält, für problematisch. Herr Völz sieht in der Kombination zwischen Erwerbsarbeit und Basisgeld ein Problem. Herr van Schewick fordert eine Trendfeststellung, wie die Mitglieder der Vollversammlung über die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für die Berechnung des Basisgeldes urteilen. Es stellt sich heraus, dass die Mehrheit der Mitglieder der folgenden Aussage zustimmt: „Das Ehrenamt ist keine Grundlage für den Bezug von Basisgeld.“

Forderung 3 des Positionspapiers: Keine Meinungsäußerungen.

Forderung 4 des Positionspapiers: Frau Blechinger sieht in der mangelnden Qualifikation von Arbeitnehmern ein großes Problem. Sie ist gegen die Forderung der Einführung eines Mindestlohns, kann sich aber bei Geringverdienern eine Aufstockung mit Hilfe des Basisgeldes vorstellen. Herr Schadewald hält dagegen, dass jeder, der 40 Stunden pro Woche arbeitet, aus dem daraus resultierenden Einkommen auch seine Familie ernähren können soll. Herr Blum schließt sich dieser Auffassung an. Herr van Schewick fordert eine Tendenzabstimmung, ob die Forderung eines Mindestlohns im Positionspapier erhalten bleiben soll. Die Mehrheit der Vollversammlungsmitglieder spricht sich für die Mindestlohn-Option aus.

Forderung 5 des Positionspapiers: Keine Meinungsäußerungen.

Forderung 6 des Positionspapiers: Keine Meinungsäußerungen.

Forderung 7 des Positionspapiers: Herr Preller spricht sich für eine detailliertere Darstellung dieses Passus aus, die Prinzipien des Steuer- und Abgabensystems seien stärker in den Blick zu nehmen. Frau Blechinger schließt sich dieser Auffassung an. Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl weist auf Veränderungen im Steuersystem hin. Auf Nachfrage von Herrn Kanthack spricht sich die große Mehrheit der Vollversammlung bei einer Trendabstimmung für eine grundsätzliche Beibehaltung des Duktus in Punkt 7 aus.

Forderung 8 des Positionspapiers: Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl stellt fest, dass die Aussage in Punkt 8 im Grundsatz bereits erfüllt ist.

Herr Klose schlägt zur weiteren Verfahrensweise vor, dass er den Vorstand bitten will, gemeinsam mit Herrn van Schewick als zuständigem Sachausschussvorsitzenden nach der Mittagspause zu klären, wie die Arbeitsgruppe zusammengesetzt sein soll, die für die weitere Bearbeitung des Positionspapiers eingesetzt wird. Die große Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung stimmt dieser Verfahrensweise zu.

Frau Maus stellt das von der kfd Berlin herausgegebene Buch „Vergessene Frauen“ vor, das für 12 Euro erworben werden kann. Herr Heyduck weist auf den neuen Schriftlesungskalender der action 365 sowie auf das Poster „Nachbarschaft ohne Vorurteile“ hin. Frau Hund-Martin bittet die Mitglieder der Vollversammlung, ihre Stimme per Online-Voting für das SkF-Projekt „gewaltlos.de“ abzugeben, das für den Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises der Kampagne „Geben gibt“ nominiert ist (www.geben-gibt.de).

Nach der Mittagspause gibt Frau Schärfl das Ergebnis der Sammlung für den Drei-Königs-Preis bekannt: Insgesamt 703,- Euro sind von den Mitgliedern der Vollversammlung gespendet worden.

Herr Klose informiert über den Vorschlag des Vorstands zur weiteren Bearbeitung des Positionspapiers „Soziale Sicherung neu denken!“ Der Vorstand bittet die AG „Grundeinkommen“, an der Thematik weiterzuarbeiten. Zugleich lädt der Vorstand die Mitglieder des Diözesanrates, die Anmerkungen zum vorliegenden Papier in der Vollversammlung vorgetragen haben, zur Mitarbeit ein. Die bisherige AG „Grundeinkommen“ soll also erweitert werden und bis zur nächsten Sitzung der Vollversammlung eine überarbeitete Fassung des Positionspapiers vorlegen. Bei der Sitzung im März 2011 soll ein angemessener Zeitraum für die Auseinandersetzung mit dem Thema zur Verfügung stehen. Die große Mehrheit der Vollversammlungsmitglieder stimmt dieser Vorgehensweise zu.

TOP 4:

Herr Wilke stellt den gemeinsam mit Herrn Jöris vorgelegten Antrag zur Beteiligung von Laien an der Bischofswahl vor, der allen Mitgliedern fristgerecht zugegangen ist (s. ANLAGE 2). Er weist darauf hin, dass dieser Antrag aus einer Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände und Organisationen im Erzbistum Berlin (AGkVO) hervorgegangen ist und Gedanken der Erklärung des ZdK-Hauptausschusses „Zur Mitwirkung des Gottesvolkes bei der Bischofsbestellung“ vom 19. Oktober 2007 aufgreift. Er stehe auch im Kontext der bevorstehenden Pfarrgemeinderatswahl 2011: Laien sollen zur Mitwirkung in der Kirche ermutigt werden.

Herr Klose dankt den Antragstellern und erklärt, dass der Vorstand Herrn Dompropst Dr. Dybowski ebenfalls bereits in diesem Anliegen angesprochen habe. Weitere Mitglieder der Vollversammlung sprechen sich dafür aus, den Antrag zu beschließen. Herr Schäfer fragt die Antragsteller, was es konkret heißen solle, „die Mitglieder des Diözesanrates zur Mitwirkung bei der Erstellung der Vorschlagsliste mit geeigneten und würdigen Bischofskandidaten für das Erzbistum einzuladen“. Herr Wilke erklärt, dass es verschiedene Möglichkeiten der Einbeziehung des Diözesanrates gebe. Die Entscheidung darüber wolle man dem Domkapitel überlassen. Herr Klose erklärt, der Vorstand fände es am besten, wenn jedes einzelne Mitglied des Diözesanrates vom Domkapitel direkt angefragt würde.

Über den Antrag von Herrn Wilke und Herrn Jöris wird abgestimmt. Der Antrag wird einstimmig beschlossen (Beschluss s. ANLAGE 3). Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

TOP 5:

Herr Klose weist auf den allen Mitgliedern des Diözesanrates übersandten Jahresbericht hin und dankt den Mitgliedern in diesem Zusammenhang für das von Ihnen geleistete Engagement. Er greift einige Themen aus dem Jahresbericht auf, vor allem würdigt er die ökumenische und interreligiöse Zusammenarbeit. So hebt er die Beteiligung des Diözesanrates am Ökumenischen Kirchentag hervor, lobt die gute Zusammenarbeit mit der Landessynode der EKBO und weist auf die vom Sachausschuss „Ökumene und interreligiöser Dialog“ durchgeführten interreligiösen Dialogveranstaltungen mit der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) hin, besonders auf die am 25. Oktober 2010 im Rahmen der Berliner Hospizwoche durchgeführte Veranstaltung zum Thema „Sterben und Tod aus christlicher und islamischer Perspektive“ mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Weiterhin spricht

Herr Klose das bevorstehende Jahr 2011 an, in dem der Erzbischof plant, in den Ruhestand zu gehen, und in dem Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen stattfinden. Er macht deutlich, dass es schwieriger wird, Menschen für die Arbeit in den Gemeinden zu begeistern, und diesbezüglich vielfältige Initiativen nötig sein werden. Das bisherige gute Klima der Zusammenarbeit mit Erzbischof Kardinal Sterzinsky lobt er ausdrücklich. Es erfolgen keine Nachfragen von Seiten der Mitglieder der Vollversammlung zum Bericht des Vorstandes. Frau Schärfl dankt Herrn Klose für seinen außerordentlichen Einsatz im vergangenen Jahr.

TOP 6:

Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl konzentriert sich bei seinem Bericht aus dem ZdK auf die am 4./5. November 2010 stattgefundene Arbeitstagung der Gemeinsamen Konferenz, die aus je zehn Mitgliedern des ZdK und der Deutschen Bischofskonferenz besteht. Aufgrund der Vertrauenskrise in der Kirche hat die Deutsche Bischofskonferenz eine Dialoginitiative gestartet. Die Arbeitstagung der Gemeinsamen Konferenz unter dem Titel „Der Weg der Kirche in die Zukunft“ stand im Zeichen des Dialogprozesses.

Folgende fünf Bereiche wurden thematisiert:

- 1) Verhältnis von Bischöfen und Priestern
- 2) Versagen und Schuld
- 3) Kirche und Sexualität
- 4) Versuchungen der Macht
- 5) Verhältnis von Bischöfen und Laien

Die Gemeinsame Konferenz bildete zwei Projektgruppen:

- 1) Diakonische Kirche in der Öffentlichkeit
- 2) Verhältnis von Priestern und Laien (eigentlich von Klerikern und Laien):

Das Zueinander von Hierarchie und gemeinsamem Priestertum soll Gegenstand der Beratungen der nächsten Wochen sein.

Gebildet wurde auch eine Arbeitsgruppe zum Thema Laienspiritualität, die von Herrn Prof. Dr. Lob-Hüdepohl geleitet wird. Er erklärt, dass die Krisis als ein „Zeichen der Zeit“ anzusehen ist: Gott will uns zeigen, was er mit uns vorhat. Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl ermutigt den Diözesanrat, in das Dialogangebot der Bischöfe einzusteigen. Es sei notwendig, den Weg eines angstfreien und beherzten Dialogs über die genannten Themen zu führen. Erzbischof Zolitsch plane, im ersten Halbjahr 2011 ein öffentliches Signal für diesen Dialog zu setzen.

TOP 7

Herr Klose teilt mit, dass die Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen am 12./13. November 2011 durchgeführt werden. Sie werden von einer Arbeitsgruppe vorbereitet, der Vertreter des Erzbischöflichen Ordinariats und des Diözesanrats angehören.

Herr Ditz weist auf das geplante Europäische Jugendtreffen der Communauté de Taizé zum Jahreswechsel 2011/2012 in Berlin hin. Dazu werden voraussichtlich über 30.000 junge Menschen nach Berlin kommen, die in den verschiedenen christlichen Gemeinden Aufnahme finden wollen. Herr Ditz bittet die Mitglieder des Diözesanrates, in ihren Pfarrgemeinden bereits jetzt auf das Ereignis hinzuweisen.

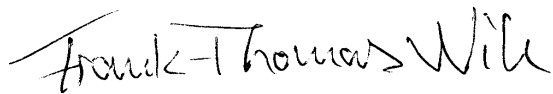
TOP 8:

Abschließend findet ein öffentliches Podiumsgespräch zum Thema „Machtmissbrauch in asymmetrischen Beziehungen“ statt, mit dem das Thema „Sexueller Missbrauch“ der Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates weitergeführt wird. An dem von der Journalistin Ursula Weidenfeld moderierten Gespräch nehmen die Geschäftsführerin von Innocence in Danger e.V. Deutschland, Frau Julia von Weiler, Köln, und der Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes SJ, teil.

Beide Gesprächsteilnehmer begrüßen den gründlichen Willen zur Aufarbeitung der Missbrauchsfälle, der sich in den vergangenen Monaten gezeigt hat. Pater Mertes macht zugleich deutlich, dass Aufklärung auch Spaltungen in den betroffenen Institutionen (Schule, Gemeinde, Kirche) mit sich bringt. Missbrauch habe immer zwei Aspekte, die Missbrauchstat selbst und das Versagen des Systems. Kirche müsse sich entscheiden, ob sie akzeptiere, als Institution zu Recht auf der Anklagebank zu sitzen oder nicht. Er sei der Auffassung, dass Kirche zu Recht dort sitze. So sei etwa ein überhöhtes Amtsverständnis als Teil der Missbrauchstat anzusehen. Aus Sicht von Frau von Weiler fördern sowohl starke hierarchische als auch diffuse undurchschaubare Führungsstrukturen Missbrauch. Hier sei eine konstruktive kritische Reflexion notwendig. Entscheidungswege sollten klar sein. Transparenz sei erforderlich. Pater Mertes schätzt die Klarheit von Autorität. Missbrauchserfahrung sei auch eine Enttäuschung darüber, dass die Autoritäten versagt haben. Ein großes Problem sei es, dass Kirche gern mit einem Gestus der Barmherzigkeit auftrete. Opfer wollen keine Hilfe von der Kirche, sie wollen Aufklärung und Entschädigung. Dies sei für die Kirche schwer anzunehmen. Frau von Weiler weist auf Möglichkeiten der Prävention von Missbrauch und auf die Notwendigkeit schneller Hilfe für Missbrauchsoffer hin. Je früher gehandelt werde und je unterstützender das Umfeld sei, umso größer seien die Heilungschancen. Das Aussprechen an sich sei ein heilsamer Prozess. Für Pater Mertes ist die Überwindung von Sprachlosigkeit ein wichtiger Teil der Prävention.

In der nach einer Stunde für die Mitglieder der Vollversammlung geöffneten Diskussion werden einige der angesprochenen Themen weiter vertieft und es wird noch einmal in besonderer Weise auf die Rolle der Macht in diesem Zusammenhang eingegangen. Herr Klose dankt den Gesprächsteilnehmern und der Moderatorin ganz herzlich und schließt die Vollversammlung.

Berlin, den 12. November 2010
für das Protokoll



Frank-Thomas Nitz
Referent